

**Oldenburger Universitätsreden**

**Nr. 58**

**Rainer Krüger**

**Oldenburg  
und die Region**

**Entwicklungsperspektiven  
zwischen  
Eigenständigkeit und Kooperation**



---

## INHALT

	Vorwort	5
1	Worin liegen die Stärken der Stadt Oldenburg?	7
2	Oldenburg ist ein Oberzentrum mit gewachsenen Umlandbeziehungen - es muß zu partnerschaftlicher Zusammenarbeit finden	13
3	Oldenburg ist weniger ohne Bremen - der Raum der Gemeinsamen Landesplanung Bremen-Niedersachsen als Chance regionaler Durchsetzung	17
4	Die Zukunftsdiskussion um den Kooperationsraum Bremen/Bremerhaven/ Oldenburg (erweiterter Unterweserraum) hat begonnen	21
	Autor	31



---

## VORWORT

Der hier veröffentlichte Vortrag *Oldenburg und die Region* geht zurück auf eine Vortragsveranstaltung des Kulturrates der Stadt Oldenburg im Zusammenwirken mit der Universität Oldenburg. Text und Veranstaltung belegen ein weiteres Mal, wie gut inzwischen auch die Einbindung der Carl von Ossietzky Universität in die Stadt Oldenburg und die Nord-West-Region gelungen ist.

Krügers Darlegungen sind vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen um Regionalplanung und Regionalpolitik zu lesen. Diese konzentrieren sich auf die Erarbeitung eines *Regionalen Entwicklungskonzeptes* für den Raum Bremen/Bremerhaven/Oldenburg im Rahmen der Landesplanung Bremen/Niedersachsen. Das Forschungsinstitut "Region und Umwelt an der Universität Oldenburg" ist mit dieser Aufgabe betraut, Professor Rainer Krüger ist sein Wissenschaftlicher Direktor.

Oldenburg, Dezember 1993

Friedrich W. Busch



---

**RAINER KRÜGER***Oldenburg und die Region - Entwicklungsperspektiven  
zwischen Eigenständigkeit und Kooperation*

Zweifelsfrei hat Oldenburg Zukunft: im eigenständigen Handlungsvermögen einerseits und dem Angewiesensein auf Öffnung und Kooperation in Richtung auf größere politische Raumeinheiten. Beleuchten wir zunächst die eigenen Potentiale der Stadt, die für die weitere Entwicklung von Bedeutung sind.

*1 Worin liegen die Stärken der Stadt Oldenburg?*

Oldenburg hat ca. 80% seiner Arbeitsplätze im Tertiären Sektor, nicht in der Landwirtschaft und im Produzierenden Gewerbe. Dies ist eine Spitzenstellung, denn im Vergleich dazu sind es in Osnabrück 71%, in Hannover 71%, in Niedersachsen 63% und in der BRD 60%. Ein wichtiger Entwicklungsfaktor Oldenburgs ist also sein spezifisches Dienstleistungsprofil (Bei den Zahlen wurde auf die Arbeitsstättenzählung von 1987 und die Volkszählung zurückgegriffen.):

- Es ist eine Behördenstadt: 25% der Bruttowertschöpfung entfallen auf den öffentlichen Dienst, in Osnabrück sind es beispielsweise nur 16%, in Hannover 17% und in Niedersachsen insgesamt 17%.
- Der Anteil der Bruttowertschöpfung, der auf private Dienstleistungen entfällt, ist ebenfalls enorm hoch: er liegt bei 55% gegenüber Osnabrück mit 47%, Hannover mit 50% und Gesamtniedersachsen mit 41%.

Worin liegen die Schwerpunkte dieser Dienstleistungsorientierung?

- 
- Vor allem ist es das Bank-, Kredit- und Versicherungswesen. Regionale Bankensitze sind historisch aus der Residenzfunktion des ehemaligen Oldenburger Landes gewachsen. So geht die älteste deutsche Sparkassengründung von 1786 - die heutige LzO - auf den Wunsch des damaligen Landesfürsten zurück, die OLB als Gewerbebank wurde 1869 gegründet, die Staatliche Kreditanstalt 1883, heute Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg.
  - Ein weiterer Schwerpunkt der privaten Dienstleistungen liegt in der Rechts- und Wirtschaftsberatung, also in durchaus anspruchsvollen und teilweise produktionsorientierten Dienstleistungen, umgekehrt aber auch in Bereichen wie den Reinigungsdiensten und dem Gastgewerbe.
  - Organisationen ohne Erwerbszweck wie Kirchen, Verbände, Parteien mit ihrem Regionalsitz, Einrichtungen der Bildung und Sozialarbeit haben zunehmend in Oldenburg Fuß gefaßt.
  - Gut vertreten sind öffentliche Gebietskörperschaften von Bund, Land (Bezirksregierung, Kammern, Gerichte) sowie Universität und Militär (die Universität mit inzwischen über 13 000 Studierenden und fast 1 600 Beschäftigten (mündliche Auskunft der Universitätsverwaltung) sowie der allerdings schrumpfende Garnisonsstandort, bei dem die Truppenzahl von derzeit 4 555 Soldaten bis 1995 in etwa halbiert sein soll. (Damit steht in Frage, welche Abstriche beim derzeit jährlichen Mittelzufluß des Militärs in die Stadt und die nähere Region von weit über 300 Mio. DM zu erwarten wären. Zahlenangaben nach: Die wirtschaftliche Bedeutung für die Garnisonsstadt Oldenburg, IHK 1991)
  - Oldenburg ist schließlich ein regionales Oberzentrum mit einem Einzugsbereich von 1.5 Mio. Einwohnern. Dies äußert sich auch in seiner Rolle als regionales Einkaufszentrum, obwohl im relativen Vergleich zu anderen nieder-

---

sächsischen Städten Oldenburg in dieser Funktion an Bedeutung verliert.

Das Produzierende Gewerbe ist demgegenüber ausgesprochen schwach, d.h., nur 19% aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer entfallen auf diese Wirtschaftsbereiche, während es in Osnabrück 29%, in Hannover 28% und in Niedersachsen 36% sind.

Die schwache Industrialisierung und die starke Dienstleistungsfunktion Oldenburgs haben Konsequenzen für die Beschäftigtenstruktur. Es gibt ungewöhnlich viele Beamte (12% der Beschäftigten gegenüber 8% in Niedersachsen) und Angestellte (59% der Beschäftigten gegenüber 47% in Niedersachsen). Deshalb verdankt die Stadt den Anstieg der Arbeitsplätze von 1970 auf 1987 um 17% ausschließlich der Dienstleistungsausweitung. Immerhin: Während im gleichen Zeitraum in Niedersachsen die Arbeitsplätze nur um 7% gestiegen waren, verzeichnet Oldenburg mit diesen 17% Zuwachs einen gleichen Anstieg wie das Bundesland Baden-Württemberg. Mit solchem Arbeitsplatzzugewinn liegt Oldenburg an der Spitze aller norddeutschen Städte. Dieser positive Trend drückt sich auch in einem Rückgang der Arbeitslosigkeit von 1986 15,5% auf jetzt um 10% aus.

Der eindeutige Schwerpunkt Oldenburgs auf dem Dienstleistungssektor wird aber von vielen Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft als eher nachteilig für die Zukunft gesehen. So sprechen Vertreter der IHK davon, daß sich Oldenburgs Wirtschaftsstruktur "in einer Schieflage befinde". Sie entspreche der "einer Residenzstadt, nicht aber einer regionalen Metropole mit dem Anspruch, ein modernes Impulszentrum ökonomisch-technologischer Entwicklung zu sein". (Symposium: "Pragmatische Optionen für die strukturelle Entwicklung Oldenburgs und seiner Region" vom 22.1.1993, S. 17).

Wenn man die Auffassung vertritt, daß in jeder deutschen Mittel- bis Großstadt nur mit Hilfe industrieller Strukturen



---

eine andauernde materielle Lebenssicherung und prosperierende Wirtschaftskultur zu erreichen seien, wird man für Oldenburg zwei eigenständige Entwicklungsimpulse setzen können, über die die Stadt verfügt: die Universität mit dem Ausbau zu den Ingenieurwissenschaften hin und der hoffentlich immer drängendere Handlungsdruck, den der bevorstehende Militärabbau im Sinne einer positiven Konversionsstrategie erzeugen sollte. Ich sehe im Zusammentreffen dieser beiden Entwicklungslinien einen Glücksfall für Oldenburg. So würden freiwerdende Standortflächen und -einrichtungen als klein- und mittelbetriebliche Gewerbestandorte (vor allem, wenn wenigstens Teile des Fliegerhorstes zivil nutzbar würden), die in Oldenburg bereits gegebenen guten beruflichen Qualifikationsstrukturen (Oldenburg besitzt einen bemerkenswerten beruflichen Bildungsschwerpunkt einschließlich der "Meisterschulen") zusammen mit den geplanten Schwerpunkten der Ingenieurwissenschaften ein innovatives Gemisch im Produktionsbereich geben. Da auf dem bereits genannten Symposium im Januar diesen Jahres ausführlich und eindrucksvoll über die Innovationsimpulse der ingenieurwissenschaftlichen Schwerpunkte Elektrotechnik (incl. Informatik und Angewandte Optik) sowie Energietechnik für die hiesige Wirtschaftsentwicklung berichtet wurde, möchte ich mich hier weiteren, zum Teil weniger deutlich wahrgenommenen, weil weniger spektakulären Stärken Oldenburgs, widmen.

In der Summe meine ich damit die sog. "weichen Standortfaktoren". Neben guter ökologischer Qualität, die im Vergleich zu anderen Städten Deutschlands in und um Oldenburg zweifellos gegeben ist, wie auch einer ansprechenden Wohnqualität (ca. zwei Drittel der Einwohner besitzen Wohnungseigentum), geht es vor allem um das Phänomen "Kultur", das auf ganz unterschiedliche Qualitätsmerkmale verweist. Es kann nach innen, d.h. auf die eigene Bevölkerung gewendet, identitätsstiftend und nach außen als Werbefaktor attraktivitätsfördernd sein.

---

Es gibt eine 1989 von meinem Arbeitsbereich fertiggestellte Imagestudie (KRÜGER/PIEPER/SCHÄFER: Oldenburg - eine Alltagsliebe?). Sie belegt erstaunlich deutlich diese identifikationsstärkende Binnenwirkung der Oldenburger Stadtkultur und bekräftigt so das aus einer früheren Vergleichsbefragung unter deutschen Großstädten stammende Votum, "Oldenburg sei aus der Sicht seiner Einwohner die beliebteste Stadt in Deutschland". Was kann damit gemeint sein, wie kommt diese Wertschätzung zustande, ohne daß Oldenburg ein hochdynamisches Wirtschaftszentrum oder eine glitzernde Metropole ist? Wenn man danach fragt, was den Menschen in Oldenburg am meisten gefällt, so sind es in einer Spitzengruppe Merkmale wie "schön", "liebenswert", "gemütlich". Im Kerngehalt geht es um die Vorliebe für einen überschaubaren, Geborgenheit gebenden Lebensraum, Oldenburg als "lüttes Nest". Mit diesen Attributen sind weitere Assoziationen verknüpft, die insgesamt auf die Beliebtheit der Stadt wegen ihrer sozialen und kommunikativen Vorzüge hinweisen. Dies wird auch daran deutlich, daß Oldenburgs Innenstadt eher als Bummelparadies denn als nüchterne Einkaufsstadt geschätzt wird. Weiterhin sind von hoher Wertschätzung städtebauliche Milieuqualitäten und die kulturelle Bedeutung Oldenburgs im engeren Sinne. Ambivalent ist die Haltung zu der Frage, ob Oldenburg eine Großstadt sei und eher ablehnend reagieren die Oldenbürger auf Attribute, die Oldenburg entweder als markantes Wirtschaftszentrum, Hafenstadt oder in seiner administrativen Bedeutung kennzeichnen. Bei dieser hohen Wertschätzung für die sozialkommunikativen und Milieuqualitäten in einem überschaubaren Lebensraum möchte man fast fragen, ob die Menschen dieser Stadt so etwas wie eine eigene Mentalität besitzen. Mit vorsichtiger Umschreibung könnte man sagen, daß sie sicherlich eher bodenständig, zurückhaltend und abwartend sind und daß hiermit eine kleinteilige Lebensweise korrespondiert, die sich darin ausdrückt, daß man Oldenburg die "Stadt der Einfamilienhäuser" nennen könnte und daß

---

lokale Gebräuche wie Bogenmachen, das Fegen anlässlich des dreißigsten Geburtstags Unverheirateter, Familienanzeigen und Kohlfahrten weiterhin gepflegt werden. Ich möchte diese klare, auf Zufriedenheit basierende Lebenseinstellung, die sich, in sich ruhend, in überschaubaren sozialen und räumlichen Milieus bewegt, den "Oldenburger Pragmatismus" nennen. Dabei möchte ich es offenlassen, ob, wenn man eine solche Akzentuierung auch als Hinweis auf eine bestimmte Arbeits- und Wirtschaftskultur sehen möchte, diese in einem besonders positiven oder negativen Verhältnis zur Entwickelbarkeit innovativer neuer Wirtschaftsstrukturen stehen könnte.

Wichtig ist mir, daß hinter solchen Erwägungen zu Bewußtseinsstrukturen und möglichen Verhaltensweisen der Oldenburger ein tatsächlicher kultureller Hintergrund steht, den man durchaus als Stärke Oldenburgs sehen kann. Kulturelles Leben in Oldenburg bedeutet nicht nur klassische Kultur, sondern eine ortsspezifische Mischung unterschiedlicher Strömungen:

- die traditionelle Residenzkultur, die sich im Vorhandensein von Theater, Museen, Landesbibliothek, Augusteum und anderen Einrichtungen präsentiert,
- die heimatverbundene Kultur, die in Einrichtungen wie der "Ollenburger Kring" oder die August-Hinrichs-Bühne belegt ist,
- spezifische Oldenburger Kultur-Highlights wie das neue Kulturzentrum PFL mit seinen Kulturveranstaltungen, die Brücke der Nationen, der Kultursommer, die Ossietzky-Tage oder die KIBUM, ferner
- die vielfältigen Ausprägungen Oldenburger Alltagskultur einmal in Form einer breit gestreuten Vereinskultur (es gibt in Oldenburg ca. 800 Schützen-, Heimat-, Nachbarschaftsvereine sowie Stadtteil- oder Sportvereine), zum anderen in Form einer sich immer stärker etablierenden Alternativkultur, deren Entstehen sicherlich mit der Universitätsgründung zu tun hat. Beispiele hierfür sind die Kulturetage, die Werkschule, die Jugendkunstschule Klecks, das Kinderkino

"Roter Strumpf" oder das Alhambra. Schließlich sind es verschiedenste Vereine und Initiativen im Umweltschutz sowie im Selbsthilfebereich (ungefähr 250 Gruppen) oder Aktivitäten im Bereich alternativer Sport- und Bewegungskultur. Dieses Kulturgemisch verspricht, eine fruchtbare Ausgangsbasis für gelebte Urbanität innerhalb einer Stadt zu sein, und dürfte als solches ein hohes Anziehungspotential auch im Sinne innovativer Wirtschaftsförderung beinhalten. Darüber hinaus ist es aber traditionell wie gegenwärtig ein beachtliches Attraktivitätspotential, das ebenso wie die Rolle Oldenburgs als regionales Versorgungszentrum in einen weiten Umlandbereich ausstrahlt.

Mit den letzten Hinweisen wird es Zeit, daß Oldenburg in meinen Ausführungen sich nicht nur in sich selbst spiegelt. Denn Oldenburg lebt nicht für sich selbst und nur aus sich selbst heraus. Seine hohe Bedeutung ergibt sich erst im Verhältnis zu Umland und Region, so daß die weitere Argumentation sich diesem Blick über den Tellerrand der Stadt hinaus zuwenden wird.

## 2 *Oldenburg ist ein Oberzentrum mit gewachsenen Umlandbeziehungen - es muß zu partnerschaftlicher Zusammenarbeit finden*

Was Oldenburg mit seinem Umland zu tun hat, zeigt sich anschaulich in den intensiven Pendlerbeziehungen. So entfallen 26% aller Oldenburger Arbeitsplätze auf Pendler aus dem Umland. Als Vergleich: in Bremen beträgt der Einpendleranteil an den dortigen Arbeitsplätzen nur 21,9%.

Wenn man, wie wir es von unserem Forschungsinstitut Region und Umwelt (FORUM) zu tun hatten, tiefer in das Verhältnis zwischen dem Oberzentrum Oldenburg und den anliegenden Gebietskörperschaften hineinleuchtet, so kann man ein stetes Aufeinanderzugehen feststellen, das sich institutionell

---

in der im März des Jahres gegründeten "Strukturkonferenz Oldenburger Land" festmacht. (Abb. 1).

Zumindest in der Vergangenheit beklagte das Umland einen Mangel an Kooperationsbereitschaft seitens der Stadt Oldenburg. Diese sah das Umland nur als Nutznießer seiner zentralen Funktionen, so der städtischen Bildungs- und Kulturangebote oder der Gesundheitseinrichtungen. An Kooperation dachte die Stadt nur punktuell, nämlich, wenn die Befriedigung eigener Lebensqualität an Grenzen stößt, so bei der Suche nach einem Deponiestandort oder dem Trinkwasserbedarf.

Die Palette der notwendigen Kooperationsfelder, auf denen das Oberzentrum Oldenburg und das Umland zu gegenseitigem Nutzen kontinuierlich zusammenarbeiten müssen, ist lang:

- *Abfallwirtschaft*: An einer geregelten Deponieplanung sind Landkreise wie die Stadt Oldenburg interessiert, wobei letztere in wenigen Jahren in einen Notstand gerät, wenn nicht im Umland eine neue Anlage geschaffen wird. Die Landkreise wiederum möchten ihre Bereitschaft, Deponieflächenangebote zur Verfügung zu stellen, durch ein Entgegenkommen Oldenburgs in anderen Kooperationsbereichen (z.B. stadtnahe Gewerbeflächenerschließung) honoriert sehen;
- *Aufbau einer Verkehrsgemeinschaft*, die außer einer Tarifvor allem eine Angebotsabstimmung im ÖPNV bringen soll;
- *gemeinsame Flächenpolitik* bei der Gewerbeansiedlung und zur Realisierung des Wohnungsbedarfs. Angesichts fortschreitender Zersiedlung vor allem im Gürtel beiderseits der oldenburgischen Stadtgrenze sind sowohl Naturschutzgebiete als auch die kleinteilige Kammerung landwirtschaftlicher Nutzungsflächen tangiert. Wenn jedoch die Stadt Oldenburg bis zum Jahre 2000 einen Bedarf von

12000 neuen Wohneinheiten realisieren will, ist eine stadtgrenzenübergreifende Wohnflächenplanung dringlich. Dies gilt ebenso für eine geordnete Flächenausweisung für Gewerbegebiete und entsprechend notwendige Ausgleichsflächen (z.B. Fliegerhorst, "harte Bänder" von Gewerbeansiedlung entlang der Schienenachsen).

- Abstimmungsbedarf wird auch im Bereich der *Sozialen Dienste* und des Gesundheitswesens gesehen: Frauenhäuser und Notrufstellen für Frauen, Behinderteneinrichtungen, Sucht- und Drogenpolitik, Reha-Einrichtungen, Krankenhausplanung, soziale Beratungsstellen.
- Im *Kultur- und Fremdenverkehrsbereich* sollte die Sichtweise der Stadt Oldenburg (nämlich: einseitige Favorisierung des Städtetourismus bzw. kulturelle Dominanz des Oberzentrums, die kleinteilige Ansätze im Umland "erstickte") besser mit den Wünschen der Landkreise abgestimmt werden. Ich komme auf diesen Punkt später zurück.
- Gemeinsame *Schulentwicklungsplanung*, vor allem im Bereich der beruflichen Schulen;
- *Wissenschaftstransfer*, indem aus Sicht der Landkreise Hemmschwellen zur Universität abgebaut werden, bzw. die Universität sich näher an die Praxis vor Ort begibt (wünschenswerte Kooperationsbeziehungen: Dialog, Lehrstuhl Lebensmitteltechnologie).

Es wird gesehen, daß bei einzelnen Kooperationsbereichen die Finanzausgleichsthematik ein Problem darstellt, so wenn die Stadt Oldenburg bei Infrastrukturen, die auch dem Umland zugute kommen, bislang einseitig finanziell belastet wird (z.B. beim ÖPNV 6 Mio. DM Defizit mitfinanzieren muß oder das Staatstheater mit 25% der Kosten zu unterstützen hat.) Umgekehrt erwarten die Landkreise, wenn sie die Oldenburger Müllentsorgung mittragen sollen, Kompensationsleistungen seitens der Stadt.

Es zeigt sich deutlich, daß solche Themen, die die "Strukturkonferenz Oldenburger Land" behandeln könnte, einem prag-

---

matischen Ansatz entsprechen, um die Stadt-Umlandbeziehungen in eine geordnete und wechselseitig nutzbringende Entwicklung zu bringen, oder um gemeinsam Anforderungen an die Landesregierung zu formulieren. Die Strukturkonferenz hat mit dem Sonderproblem zu tun, daß Wilhelmshaven und der Landkreis Friesland sowohl dieser als auch der "Strukturkonferenz Ost-Friesland" angehören. (Abb. 1). Ob ähnlicher Strukturen (so die Probleme küstenspezifischer Industrien bzw. der "verlängerten Werkbänke" oder wegen der Fremdenverkehrsentwicklung im Küstenbereich) ist die Zuordnung zur "Strukturkonferenz Ost-Friesland" verständlich. Andererseits bestehen institutionell (z.B. Kammerbezirk), historisch von den Pendlerbeziehungen her und wegen der universitären Teilstandorte ICBM und Terramare auch Verflechtungen zu Oldenburg und dem Oldenburger Land.

Über pragmatische Ansätze hinaus gäbe es dennoch auch Chancen zu innovativen Impulsen, beispielsweise im Fremdenverkehr. Die Stadt Oldenburg, die sich hinsichtlich wirtschaftlicher Wertschöpfungssteigerung aus dem Tourismus wenig Hoffnung macht und sich erst allmählich vom reinen Städtetourismus löst - ein Verdienst des neuen Verkehrsvereins - hat noch nicht die Chance einer gemeinsamen regionalen Fremdenverkehrsentwicklung "Oldenburger Land" erkannt. Die regionalen Fremdenverkehrspotentiale im Oldenburger Land sind gemeindlich ganz unterschiedlich entdeckt und intensiv genutzt. Der Oldenburgischen Landschaft käme ein großes Verdienst zu, den Prozeß der Erschließung und Vernetzung kleinteiliger Angebotsbausteine eines Fremdenverkehrs und ihre Verknüpfung mit den Attraktivitäten der Stadt Oldenburg in ihre Hand zu nehmen. In der kumulativen Wirkung der Angebotserschließung zwischen Stadt und Umland dürfte eine profilträchtige und ökonomisch lohnende Fremdenverkehrslandschaft "Oldenburger Land" entwickelbar sein.

---

Damit sind wir aber wieder einmal an den Grenzen eines Raumzuschnitts für zukunftsorientiertes regionales Handeln angekommen. Wir fassen die Raumeinheit noch einmal eine Nummer größer.

### 3 *Oldenburg ist weniger ohne Bremen - der Raum der Gemeinsamen Landesplanung Bremen-Niedersachsen als Chance regionaler Durchsetzung*

"Aber bitte mit Bremen!" befand der Kommunalverbund Niedersachsen-Bremen am 27.04.1993 im Hinblick auf den Zuschnitt des Regional-Marketings Weser-Ems, das an der Grenze Bremens aufhört. Die Begründung für diese Forderung lieferte bereits bei der Gründung der Strukturkonferenz Oldenburger Land am 13. März 1993 deren Vorsitzender Landrat Zempel, wenn er sagte: "Daß wir allein nicht groß genug sind, um ausreichend wahrgenommen zu werden, wissen wir auch" (Zitate sind der NWZ entnommen.)

Wir sollten diesen Argumenten etwas gründlicher nachgehen. Der allgemeine Diskussionsstand ist bekannt. Die EG-Binnenmarktintegration, die deutsche Vereinigung und Ostöffnung könnten eher nachteilige Auswirkungen auf unsern Raum haben. Die wegen der Strukturschwäche der Region umfangreichen Fördermittel (Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung) werden erheblich reduziert, dafür andere Aufgaben Richtung Ost verlagert. Dem Weser-Ems-Raum droht eher ein Abdriften in eine Randlage, denn eine Aufwertung und stärkere Beachtung im Konzert der konkurrierenden europäischen Regionen. Dies läßt sich exemplarisch und als vorweggenommene Folge einer zu befürchtenden Abwertung unseres Raumes an den veränderten Anforderungen an das Regions- und Städtesystem zeigen. Hierzu beachte man den im Februar des Jahres veröffentlichte "Raumordnungspolitischen Orientierungsrahmen" der Bundesregierung, der auch von den Ländern zustimmend zur Kenntnis genommen worden ist. Bei der Bewertung der Ausgangssituation zukünftiger Siedlungsent-



wicklungen ist Bremen der westlichste Punkt Norddeutschlands, dem noch eine großräumige Bedeutung an Zentralität zugemessen wird, bei den bedeutenden Hafenstandorten wird lediglich Bremerhaven erwähnt, Wilhelmshaven nur noch als Oberzentrum, Emden gar nicht mehr. Demgemäß sind beim "Leitbild Siedlungsstruktur" letzte bedeutende Teilräume in Richtung Niederlande die Achse Wilhelmshaven, Oldenburg, Süldenburg, Osnabrück und das Gebiet der Gemeinsamen Landesplanung Bremen-Niedersachsen, der sog. Unterweserraum, wobei nur in letzterem ein ausdrücklicher Entwicklungsbedarf gesehen wird. Schmerzlich ist auch, daß in der Verkehrspolitik der Bundesregierung inzwischen die gewünschte Transitroute Amsterdam-Groningen-Ostfriesland-Oldenburg-Bremen-Hamburg-Skandinavien völlig aus dem Blick geraten ist, d.h. sich der Transitverkehr auf die Route aus den Niederlanden über Münster-Osnabrück Richtung Hannover beschränkt. In der Verkehrsstrukturerweiterung ist Nordwest-Niedersachsen jenseits Bremen totes Land, da sich das Verkehrsnetz in West-Ost-Richtung, d.h. in Richtung der neuen Bundesländer und Osteuropas umorientieren soll. Hamburg und das östliche Niedersachsen geraten in eine neue Lagegunst, Nordwest-Niedersachsen in eine noch nie so drastische Abseitslage.

Angesichts dieser raumordnungspolitischen und wirtschaftsräumlichen Bedeutungsverschiebung Richtung Osten bleibt m.E. der Metropolraum Bremen der letzte Anker Richtung Westen, an den sich das Oldenburger Land einschließlich des Oberzentrums Oldenburg anschließen sollte. Denn trotz der Strukturschwäche Bremens im Vergleich zu gewichtigeren Metropolräumen ist und bleibt Bremen bedeutender als Oldenburg, vor allem national und international als Imagerträger, Verkehrsknoten und Schnittstelle zwischen Hafenwirtschaft, Großindustrie, Dienstleistungen und universitären wie außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen. Diesen Rang kann das Oberzentrum Oldenburg für sich trotz der intensiven

---

Verflechtungszuständigkeit für ein weitreichendes, ländlich geprägtes Umland nicht erreichen. Die anspruchsvolle innovative und profilierende Zukunftsorientierung scheint mir in einer Entwicklungsachse Bremen-Oldenburg zu liegen, bei der Oldenburg zudem als Brückenkopf einer regionalen Arbeitsteilung besonders gut in Richtung Ostfriesland und Groningen kooperieren könnte. Hierin läge m.E. auch ein realistischerer Raumzuschnitt eines inhaltlich homogeneren nordseenahe Kooperationsfeldes, das die Neue Hanse Interregio wegen des Einschlusses von ganz Niedersachsen nicht erbringen kann. Ein Kooperationsraum Bremen-Oldenburg mit Delmenhorst in der Mitte und als attraktiver Stadt-Land-Verbund unter Einfluß der Landkreise mit ihren z.T. beachtlich entwickelten Mittel- und Kleinzentren zwischen Weser und Ostfriesland erschiene mir auch sinnvoll, um als Gegengewicht zum südostniedersächsischen Schwerpunkt Hannover-Hildesheim-Braunschweig sowie Göttingen zu wirken, einem Raum, der durch die Expo 2000 eher noch weiter seine Vorrangstellung festigen könnte.

Von Bremer Seite aus, das sich lange gegen eine ehrliche Öffnung gegenüber dem niedersächsischen Umland und dem mit gewachsener gegenseitiger Animosität belasteten Verhältnis zu Oldenburg gewehrt hat, setzt sich eine realistische regionale Kooperationshaltung immer stärker durch. So heißt es in dem dieser Tage veröffentlichten Bericht der Kommission Bremen 2000 mit dem Titel "Umdenken" unter dem eigenen Teilkapitel "Das Land Bremen und die Region":

"Da sich der Trend zu größeren Wirtschaftsregionen verstärken wird, können sich das Land Bremen und seine beiden Städte dem nur anpassen, indem sie ihr eigenes Gebiet sowie das des niedersächsischen Umlandes als gemeinsame Region betrachten und eine Zusammenarbeit zu beiderseitigem Nutzen anstreben...

Eine notwendige, für alle Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit mit dem Umland bietet sich auf vielen Gebieten an, so z.B. bei der Industrieansiedlung und Ausweisung neuer Gewerbestandorte, im Wohnungsbau und bei Planungen zur Siedlungsstruktur, im sozialen Bereich, bei den Hochschulen und Forschungseinrichtungen, im Landschafts- und Naturschutz sowie bei der Abfallbeseitigung...

Eine Zusammenarbeit von Nachbarregionen hat ebenso spezifische Aufgaben zum Inhalt - z.B. in den Bereichen überregionaler Verkehrserschließung, Tourismusförderung oder Technologieentwicklung - wie eine fachliche Kooperation in gemeinsamen Erfahrungsbereichen, etwa bei den spezifischen Interessen maritimer oder konversionsbetroffener Regionen etc....

Bei den Hochschulen und Forschungseinrichtungen gibt es Ansätze zur Kooperation, insbesondere zwischen den Universitäten von Bremen und Oldenburg. Eine gemeinsame Nutzung von zentralen Einrichtungen, miteinander abgeprochene Schwerpunktsetzungen bei den Studienangeboten und den Forschungseinrichtungen sollen die Zusammenarbeit intensivieren."

Auf welchen Forschungsfeldern statt Konkurrenz Zusammenarbeit notwendig wäre, darüber gibt ein Katalog von herausragenden Themenbereichen Auskunft:

"Dies sind vor allem die Meeresforschung und -technik, die Umweltforschung, die Materialforschung, die Lebensmitteltechnologie, die Logistik, die Gesundheitswissenschaften sowie die Sozialpolitik- und Lebenslaufforschung." ...

Dies sind fast alle Bereiche, in denen sich auch die Oldenburger Wissenschaft erfolgreich darstellt. Besonders aktuell scheint mir momentan ein Handlungsbereich zu sein: die Regelung des öffentlichen Personenverkehrs, da die anstehende Veräußerung der Weser-Ems-Bus und die geplante Regio-

---

nalierungsabsicht der Bundesbahn nur in Abstimmung zwischen dem Oberzentrum Bremen und Oldenburg erfolgen kann.

Als Fazit der gewünschten Kooperationsbemühungen kann das folgende Wort des Berichts gelten:

"Ziel ist eine Region mit ausgeglichenen Lebens- und Arbeitsverhältnissen, in der jede Gebietskörperschaft ihre eigenen Potentiale entwickeln und einbringen kann, in der ein gegenseitiges Geben und Nehmen stattfindet."

Wie nun aber der Horizont zukünftiger Lebens- und Arbeitsverhältnisse in unserem Raum aussehen könnte, damit soll sich der Schlußteil meiner Ausführungen beschäftigen.

4 *Die Zukunftsdiskussion um den Kooperationsraum  
Bremen/Bremerhaven/Oldenburg (erweiterter  
Unterweserraum) hat begonnen*

In der wiederbelebten Zusammenarbeit der Gemeinsamen Landesplanung Bremen-Niedersachsen (GLP) läuft der Versuch, über punktuelle Infrastrukturmaßnahmen und Projekte gemeinsamen Interesses hinaus eine mögliche Zukunftsbestimmung der Gesamtregion zu versuchen (Abb. 1). Wenn unser Institut FORUM damit beauftragt wurde, zu diesem Zweck die Erarbeitung eines Regionalen Entwicklungskonzeptes (REK) zu moderieren, so ist damit nicht die Erstellung eines gutachterlichen "Besserwisser-Konzeptes" von oben herab gemeint. Vielmehr geht es um einen diskursiven Ansatz, bei dem wir die unterschiedlichen Akteure aus Politik, Wirtschaft, den Gewerkschaften, Verbänden, Kultur und Wissenschaft zur Selbstbesinnung und zu eigenen Vorstellungen über die Zukunftsaussichten des Unterweserraumes anregen möchten. "In die Region hinein horchen" hieß also die erste Arbeitsaufgabe. Zweitens entstehen aus einer solchen Bestandsaufnahme möglicher Entwicklungspotentiale Szenarien, die zunächst die unterschiedlichen Interessen und Zukunftsvorstellungen offenlegen und nicht verkleistern. Denn nur aus einer Akzeptanz der durchaus divergierenden Interessen gesellschaftlicher Gruppen hinsichtlich der Zukunftswünsche an die Unterweserregion kann in einem dritten Schritt ehrlichen Aufeinanderzugehens ein Kompromiß gelingen: Dies wäre der Entwurf eines Entwicklungsleitbildes, der im kommenden Jahr auf den politischen Ebenen und in den unterschiedlichen Gremien des Kooperationsraumes Bremen/Bremerhaven/Oldenburg zu diskutieren sein wird.

Heute kann ich Ihnen den Zwischenstand der Erarbeitung des Entwicklungskonzeptes, die Szenarien für den Kooperationsraum, vorstellen. Solche Szenarien sind also als nützliche Kommunikations- und Reflexionsplattform gedacht. Sie sollen eine kritische Diskussion um die regionale Zukunft ansto-

ßen. Deshalb ist jedes Szenario für sich eher überzeichnet. Sie sollten deshalb auch in der Öffentlichkeit nicht in der Form "für bare Münze" genommen werden, da keines von ihnen in Reinkultur so Wirklichkeit werden dürfte.

Hinter jedem der drei Szenarien steht eine bestimmte Entwicklungslogik, die sich aus allgemeinen Wertvorstellungen über die Zukunft unserer Gesellschaft speist, die dann konkreter auf einen möglichen Entwicklungspfad des Kooperationsraumes ausformuliert wurde.

So ist das vielleicht überraschendste Szenario, nämlich "*Natürlicher Lebensraum Unterweser*" ein echtes Alternativszenario, von der Überzeugung getragen, daß man von bisher gültigen Wachstumszielen Abschied nehmen müsse und einen ökologischen Umbau der Wirtschaft zu fördern habe. Dies bedeutet einen vorrangigen Ausbau der F+E-Infrastruktur im Bereich der sanften Technologien. In der Region hätte es ein eher dezentrales Siedlungsnetz zur Folge, in dem sich kleinteiliges Arbeiten, Wohnen und Leben verzahnen. Um möglichst viel Verkehr zu vermeiden, würde man versuchen, sich vom Trend immer effizienterer und steigender Verkehrsentwicklungen abzukoppeln, um ganz stark auf einen möglichst flächendeckendes öffentliches Nahverkehrsangebot zu setzen. Ökologisierung der Landwirtschaft mit entsprechenden direkten Vermarktungen in der Region wären ebenso Zielsetzung wie die Ausweisung großflächiger Vorranggebiete für den Naturschutz. So, wie auch möglichst viel Verkehr vermieden werden sollte, sollte es auch vorrangig um Abfallvermeidung durch Veränderung der Produktionsverfahren und Produkte sowie eine dezentrale Abfallentsorgung gehen.

Gegenüber diesem "weichen" Szenario ist das Szenario "*Standort Unterweser*" das "harte" Gegenbeispiel. Es läßt sich von der Philosophie leiten, die auch über der gegenwärtigen Diskussion um die Sicherung des "Standortes Deutschland" im Vordergrund steht. So geht es unter dem Stichwort Dere-

---

gulation um eine Zurücknahme der staatlichen Regelungen und wohlfahrtsstaatlicher Sicherung zugunsten günstigerer und beschleunigter Ansiedlungsbedingungen für attraktive Industrie- und Gewerbestandorte. Nach dem Motto, daß nur die tüchtigsten Regionen im internationalen Wettbewerb überleben werden, spitzt sich die Förderung von Schlüsseltechnologien vor allem auf die Hochtechnologien zu, aus denen in Deutschland neue attraktive Industriestrukturen erwachsen können. Bei diesem harten Konkurrenzspiel können nur die erfolgreichsten Metropolen überleben, so daß in unserem Kooperationsraum alle Kräfte auf die Förderung Bremens als einer solchen Metropole konzentriert werden müßten. Im Sinne dieser Metropolenkonkurrenz würden vor allem die überregionalen Verkehrsverbindungen zu verbessern sein, und insgesamt ginge es um eine Optimierung der Verkehrsflüsse. Hier könnte durchaus neben einer effektiven Verkehrsführung für die Güterverkehre auch an ein leistungsfähiges City-Schnellbahnnetz zwischen den Oberzentren der Region gedacht sein. Der Kooperationsraum würde sich hinsichtlich der Nutzungsintensität auf wirtschaftlich bedeutsame Teilräume konzentrieren, so wahrscheinlich die Unterweserschiene und den wachsenden Komplex der Intensivlandwirtschaft und Nahrungs- und Genußmittelindustrie im Südoldenburger Raum. Bei der Abfallwirtschaft würde es um eine Verbesserung der Entsorgungsstrukturen gehen, die mit den weiter steigenden Abfallmengen - end of the pipe - Schritt halten müssen. Deshalb müßten sicherlich große gemeinsame Müllverbrennungsanlagen entstehen.

Das dritte Szenario heißt *"Effiziente Bestandsmodernisierung"*. Letztlich setzt es auch wie das letztgenannte Szenario auf ein Wirtschaftswachstum, diesmal allerdings in moderater und für die Gesamtregion ausgeglichenerer Form. Wesentlicher Unterschied zum letztgenannten Szenario ist die aktive Rolle, die der Staat weiterhin zur Erschließung und Förderung endogener Entwicklungspotentiale in der Region spielt. Im

---

Sinne einer aktiven Strukturpolitik kümmert er sich um den Ausbau der Forschungs- und Entwicklungsinfrastrukturen mit breiten Anwendungsmöglichkeiten, nicht verkürzt auf einige wenige Spitzentechnologien. Gleichzeitig würde eine - vor allem berufliche - Qualifizierungsförderung im Vordergrund stehen. Da bei diesem Szenario nicht nur einige Großindustrieverbände mit entsprechenden Schaltzentralen und spezialisierten F+E-Funktionen im Vordergrund stünden, sondern die Entwicklung einer weiter in den Raum hineingreifenden Struktur von innovativen Klein-, Mittel- und Großbetrieben, würde auch das Siedlungsnetz nicht einseitig auf Bremen konzentriert sein, sondern mehr eine arbeitsteilige tripolare Ausrichtung zwischen Bremen, Bremerhaven und Oldenburg mit ihrem jeweiligen Einzugsbereich bedeuten. Staatliche Planung würde für ein ausgewogeneres regionales Siedlungs- und Freiflächenkonzept zu sorgen haben, bei dem Lebensqualität vor allem durch technische Optimierung des Umweltschutzes zu sichern wäre. Ebenso würde ein Schwerpunkt auf die Optimierung der Abfallverwertung gelegt werden, Spitzentechnologien zur Reduzierung der Umweltbelastung wären innovative und exportfähige Spezialisierungen der Region.

Um diese allgemeine Kennzeichnung der Szenarien besser nachvollziehen zu können, müßten sie diese - jedes für sich - am Stück lesen, um so den roten Faden durch alle Felder der regionalen Gestaltung und Kooperation - von der Wirtschaft zur Kultur, von der Abfallwirtschaft bis zum Verkehr oder der Ausrichtung von Wissenschaft und Forschung - nachvollziehen zu können. (Die Szenarien sind nachzulesen in: Regionales Entwicklungskonzept für den Raum Bremen, Bremerhaven, Oldenburg. Bd. 1: Werkstattbericht, FORUM 1993.) Statt dessen lassen Sie mich mit einigen eher subjektiven Bemerkungen schließen, die sich auf die möglichen Entwicklungskonsequenzen für Oldenburg und sein Umland beziehen. Subjektiv deshalb, weil nicht ich als Wissenschaftler, sondern Vertreter von Politik, Wirtschaft usw. aus dem Oldenburger



Raum ihre Schlußfolgerungen aus den unterschiedlichen Szenarienvorschlägen für die Zukunftsbestimmung ziehen sollten.

Beim Szenario "Standort Unterweser" vermute ich eine Entwicklung zugunsten Bremens und zu Lasten Oldenburgs. Denn, wenn sich ein Oberzentrum überhaupt im Konkurrenzstreben der deutschen Metropolen und ihrer Wirtschaftsräume halten kann, dann höchstens Bremen. Wo sonst zwischen Weser und Ems würden sich aus der Schnittstelle von Großindustrie, Hafenwirtschaft, Spitzentechnologie und produktionsorientierten Dienstleistungen Konzerne mit hochrangigen und leitenden Funktionen niederlassen? Eine solche Sogwirkung zugunsten Bremens könnte sogar zur Attraktivitätsminderung Oldenburgs als regionales Versorgungs- und Einkaufszentrum führen, wogegen es jetzt noch - wie es mir gegenüber ein Bremischer Senatsvertreter verwundert ausdrückte - "in Bremen Massenhandel, in Oldenburg Klasse gebe".

Das Szenario "Natürlicher Lebensraum Unterweser" würde bedeuten, wirtschaftlich gesehen mit weniger zufrieden zu sein, um eine höhere ökologische und soziale Lebensqualität zu sichern. Ob in Stadt und Land hier in Oldenburg eine Mehrzahl der Menschen davon zu überzeugen wäre, ist vielleicht derzeit nicht sehr wahrscheinlich, könnte sich aber bei der Zuspitzung der ökologischen Krisen verändern. Immerhin, Oldenburg hätte mit seinen anspruchsvollen Milieuqualitäten - ökologisch wie auch einer breit gefächerten Alltagskultur - gute Startvoraussetzungen zu bieten. Auch in der regionalen Wertschöpfung brauchten "die Lichter nicht auszugehen". Denn Teile der Universität, beispielsweise mit Forschungen zu nachwachsenden Rohstoffen, regenerativen Energien oder der Meeresforschung, könnten ebenso Kern einer Umstellung auf sanfte Produktionsprozesse und Produkte sein wie der hohe Anteil an landwirtschaftlicher Primärproduktion und ein hoher Stellenwert der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, die sich zu einer untereinander kooperierenden Erzeuger- und Vermarktungsgemeinschaft für Ökomärkte entwickeln ließe.

---

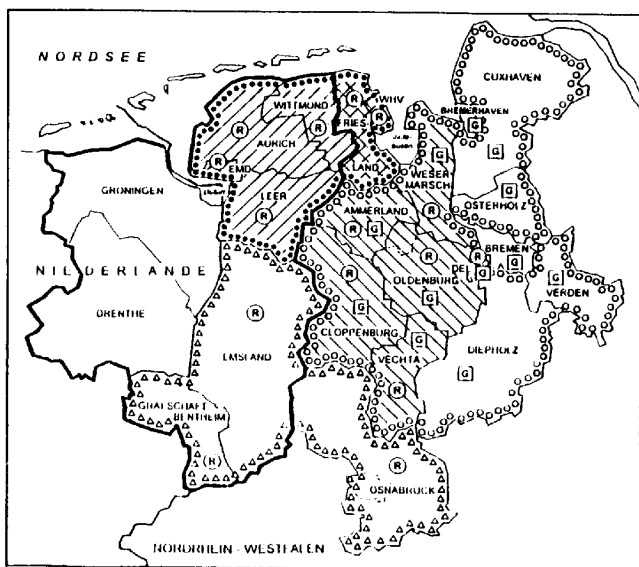
Das dritte Szenario "Effiziente Bestandsaufnahme" wäre gegenüber den beiden erstgenannten in den Konsequenzen für den Oldenburger Raum sicherlich am wenigsten spektakulär und könnte dennoch Impulse für eine materiell gesicherte sowie einigermaßen umwelt- und sozialverträgliche regionale Zukunft bieten. Im Vordergrund stünden feste Zusammenarbeit und Arbeitsteilung zwischen den Oberzentren: Bremen als eher großindustrielles Zentrum mit Luft-, Raumfahrt-, Automobil- und Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Oldenburg könnte wichtigstes regionales Dienstleistungs- und Versorgungszentrum in die Fläche hinein - die "feine Einkaufsmetropole im Nordwesten" - mit zusätzlich interessanten klein- und mittelbetrieblichen Gewerbe- und überregional bedeutsamen Handwerksstrukturen (z.B. im Bau- und Innenbaubereich) sowie der spezialisierten Erzeugung von Nahrungsmitteln sein. Derartige moderne Gewerbestrukturen ließen sich auch aus Innovationsanreizen der Universität sowie bewußten Konversionsanstrengungen und anspruchsvollen militärischen Standortumnutzungen speisen. Das Szenario würde, vom Oberzentrum Oldenburg ausgehend, auch die weitere Belebung eines landschaftlich wie von den baulichen und freizeitbezogenen Milieuqualitäten getragenen attraktiven Stadt-Land-Verbundes bedeuten.

Staatlich geförderte Arbeitsteiligkeit zwischen den Oberzentren Bremen und Oldenburg - und hier gehe ich zu Kooperationsaspekten über, die sich nicht nur dem dritten Szenario zurechnen ließen - würde beispielsweise bedeuten:

- gemeinsame Großrechnernutzung für Hochschulen und F+E-Einrichtungen sowie gemeinsame Nutzung der unternehmensbezogenen Datenbank UNIS;
- "Sortierung" der Studiengänge und Forschungsspezialisierungen und regionalen Fort- und Weiterbildungsangebote zwischen Bremen und Oldenburg;
- Konzentration auf das HANSE Wissenschaftszentrum in Delmenhorst;

- 
- gemeinsamer Verkehrsverbund für ein leistungsfähiges Schienen- und Bussystem bis in die Mittel- und wichtigsten Grundzentren hinein;
  - Abstimmung von Erzeugung, Veredelung und Vermarktung hochqualitativer Nahrungsmittel, die den Nordwestraum zu einem noch imageträchtigeren deutschen Produktionsstandort dieser Art werden lassen;
  - Rückbesinnung und Förderung auch traditioneller Besonderheiten (von Handwerk, Dienstleistung und Kultur), die der persönlichen Bedarfssicherung wie kultureller Identitätsfindung dienen (vom Korbmachen bis zum Reetdachdecken);
  - Abstimmung der Kulturförderung, Kulturangebote bis hin zu einem gemeinsamen Kulturfahrplan.

Das Stichwort Kultur möge den Schlußpunkt setzen. Ich bin dankbar, daß ich in einem so reizvollen Ambiente wie dem PFL vortragen durfte. Ich bin selbst Oldenbürger, das macht verständlich, daß ich der Stadt Glück für die Zukunft wünsche, aber bitte in großzügiger Kooperation mit der Welt jenseits der Stadtgrenze.



- //// Strukturkonferenz Ost-Friesland
- |||| Strukturkonferenz Oldenburger Land
- Kooperationsraum Ost-Friesland
- Kooperationsraum Oldenburg-Unterweser
- △△ Kooperationsraum Osnabrück-Bentheim-Emsland (OBE)
- Ems-Dollart-Region (EDR)
- Ⓡ Regionalmarketing Weser-Ems (vorgesehen)
- Ⓜ Gemeinshaf Landeshlanung Bremen-Niedersachsen

Abb. 1: Regionalisierung in Nordwestniedersachsen

---

*Der Autor*

**RAINER KRÜGER (1939)**

Universitätsprofessor für Sozial- und Kulturgeographie an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

Studium der Geographie, Anglistik, Philosophie und Pädagogik in Göttingen und Berlin. Forschungsassistent am Osteuropa-Institut der FU Berlin (1968/69) und Hochschuldozent an der PH Berlin (1969/70). Seit 1970 Professor für Geographie in Oldenburg.

Nach Mitwirkung im Gründungsausschuß von 1974-1979 Gründungsrektor. Derzeit wissenschaftlicher Direktor des Forschungsinstitutes Region und Umwelt (FORUM) an der Universität.

Wissenschaftliche Schwerpunkte: Sozialgeographische Fachtheorie, Regional- und Fremdenverkehrsforschung.